

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

## **Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 7 (1893)**

83 (26.5.1893)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-225896](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-225896)

# Norddeutsches Volksblatt.

## Organ für Vertretung der Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Expedition: Bant, Adolfsstraße Nr. 1.

Anzeigenannahme für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Anzeigen werden früher erbeten.

**Abonnement**  
bei Vorausbezahlung frei in's Haus:  
vierteljährlich . . . 2,10 Mk.  
für 2 Monate . . . 1,40 „  
für 1 Monat . . . 0,70 „  
incl. Postbefreiung.

**Erscheint täglich**  
mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen.  
Inserate die vierteljährliche Zeit 10 S. bei Wiederholungen Rabatt.  
Verlagsort: Bant, Adolfsstraße Nr. 4757.

Nr. 83.

Bant, Freitag den 26. Mai 1893.

7. Jahrgang.

### Die Parteien im deutschen Reichstage, ihr Charakter und ihre Thätigkeit.

XI.

Nicht ohne innerliches heftiges Widerstreben fügten die Nationalliberalen sich der neuen Regierungsparole: sie traten für die Sozialreform ein. Aber wie! Sie haben im Reichstage redlich das Ihrige gethan, die vielgerühmten „sozialpolitischen“ Gesetze so reaktionär wie möglich und so belanglos wie möglich für die Arbeiter zu gestalten; sie bemühten sich, ganz im Sinne der Regierung, die Arbeiterversicherung für Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität nur „als eine Weiterentwicklung der Idee, welche der staatlichen Armenpflege zu Grunde liegt“, zu Stande zu bringen. Das gelang ihnen auch im Bunde mit den Konservativen. Wenn also die Nationalliberalen ihrer Leistungen auf dem Gebiete der sozialpolitischen Gesetzgebung sich rühmen, womöglich sich das „Verdienst“ zuschreiben, daß diese Gesetzgebung zu Stande gekommen, so ist das die denkbar lächerlichste Heuchelei. Aus der Noth haben sie eine Tugend gemacht. Theils aus Furcht vor der Sozialdemokratie, theils um der Regierung gefällig zu sein, haben sie die gouvernementalen Sozialpolitik zugestimmt, die sie im Grunde ihres Herzens verfluchten. Und dann haben sie versucht, sich für dieses Opfer schadloos zu halten dadurch, daß sie, dem Fanatismus der Unternehmer Rechnung tragend, einen heftigen Ansturm gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter unternahmen. Zwar schüttelte derselbe, aber der Nationalliberalismus denkt auch in diesem Punkte: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Sehen wir nun die Stellung des Nationalliberalismus zu der Militärfrage an. Stolz hatte die Partei der Reichsbeere“ und der „politischen Humanität“, wie ihre Soldatenscheiter in der Presse die nationalliberale Partei zu nennen liebten, in ihrem sogenannten „Programm“ verkündet: daß sie dauernd eintrete für „die Befestigung der dem Reiche nöthigen Vertheidigungsmittel“. Sofort nach Beendigung des deutsch-französischen Krieges drohten die Schatten des Militärkonflikts. Der Nationalliberalismus beschwor diese Schatten mit Mühe und Noth durch das „Pauschquantum“. Als es sich Ende 1871 darum handelte, nach dem Vorschlage der Regierung das „Pauschquantum“ bis zum Ablauf des Jahres 1874 zu verlängern, spaltete sich bei der Abstimmung darüber die nationalliberale Reichstagsfraktion; 51 ihrer Mitglieder hatten dafür, 45 dagegen gestimmt. Mit der Mehrheit von 152 gegen 128 Stimmen wurde das dreijährige Pauschquantum bewilligt. Das war der erste Verrath, den der Nationalliberalismus im Deutschen Reichstage in militärischen Fragen am Volke und am Budgetbewilligungstredt des Parlamentes beging.

Als das dreijährige Pauschquantum im Ablauf begriffen war, im April 1874, folgte des Verraths zweiter Akt. Die Regierung forderte nicht nur eine erhebliche Erhöhung der Friedenspräsenz, sondern obenbei die Bewilligung eines „Aeternats“, d. h. einer unabhängigen, dauernden Feststellung der Truppenkörper (49 Bataillone Infanterie, 465 Escadrons, 300 Feldbatterien, 29 Batterien Fußartillerie, je 18 Bataillone und Train) und der Mannschaftsstärke (401,659 Mann).

Die Zustimmung zu diesem „Aeternat“ würde offene Verzichtleistung auf das Budgetrecht bedeuten haben. Das konnte die nationalliberale Fraktion in Rücksicht auf die Wählermassen doch nicht riskiren. Bismarck drohte im Falle der Nichtannahme des „Aeternats“ mit Reichstagsauflösung und Amtsniederlegung. Was nun thun? Laester und mit ihm etliche Duzend anderer Mitglieder der nationalliberalen Fraktion waren geneigt, ohne Weiteres „anzufallen“, dem „Aeternat“ zustimmen. In dieser kritischen Situation brachten Bismarck und Mikwel ihren ersten großen politischen Substanzhandel zu Stande: sie vereinbarten mit Bismarck das Recht; erst nach sieben Jahren wieder sollte der Reichstag in der Lage sein, das Bedürfnis der Friedensstärke und der Zahl der Truppenkörper neuerdings zu prüfen und weiterhin gesetzlich festzustellen. Einmüthig trat die nationalliberale Fraktion dieser Vereinbarung bei. Das Septennat wurde mit 224 (davon 149 nationalliberale) gegen 146 Stimmen nach dem Antrage Bismarcks angenommen.

Dank den Nationalliberalen kam in der Session von 1874—1875 auch das Gesetz zu Stande, welches den Landsturm wieder in's Leben rief. Aber nicht jenen alten preussischen Landsturm von 1813 mit seinen selbstgewählten Führern und seiner freien rein bürgerlichen Organisation, sondern es wurde beschlossen, daß dieser Landsturm, dem alle wehrfähigen Mannschaften vom vollendeten 17. bis

zum vollendeten 42. Lebensjahre angehörten, den Militärstrafgesetzen und der Militär-Disziplinarordnung unterworfen sein sollte. Auch wurde bestimmt, daß erforderlichen Falls die Landwehr aus dem Landsturm ergänzt werden könne. Der Landsturm sollte zum vorkommenden, sobald ein feindlicher Einfall das Reichsgebiet „bedrohe“; damit hatten die Militärpflicht und die Militärmacht eine bedeutende Erweiterung erfahren.

Das zweite Septennat brachten die Nationalliberalen am 10. April 1880 mit 184 gegen 94 Stimmen zu Stande.

Im Herbst 1886 legte die Regierung dem Reichstage zum dritten Male ein Septennatgesetz vor. Die neue Vorlage erforderte zugleich eine abermalige höhere Anspannung der Volkskraft und der Steuerkraft. Bedingungslos stimmten die Nationalliberalen dieser Vorlage zu. Aber dieselbe fiel gegen die Stimmen des Zentrums, der Deutsch-Freisinnigen und der Sozialdemokraten. Ersterer wollten die geforderte Truppenzahl nur auf drei Jahre bewilligen. Das war auch ein Sprung über den Stod, aber derselbe genügte der Reichsregierung nicht; sie löste den Reichstag auf.

Aus der von der Regierung in unerhöfester Weise beeinflußten Neuwahl im Februar 1887 ging der mit Recht so benützte Kartell-Reichstag hervor, dessen wichtigste Aufgabe es war, eine von vornherein auf das Regierungsprogramm eingeschworene konservativ-nationalliberale Majorität (99 Nationalliberale, 3 Liberale „Wilde“, 80 Deutsch-Konservative und 41 Frei-Konservative, zusammen 221 parlamentarische Kaisertruppen Bismarcks).

Benige Tage nach dem Zusammentritt des Kartell-Reichstages war das Septennat mit 227 gegen 31 Stimmen bewilligt. Mit der Mehrheit hatten auch 7 Ultramontane gestimmt, während das Gros der Zentrums-Partei „für Wahrheit, Freiheit, Recht“ sich der Abstimmung enthielt! Dieses Verhalten der ultramontanen „Männer“ hatte Bismarck dadurch herbeigeführt, daß er die Intervention des Papstes zu Gunsten seiner Forderungen erlangte. Der sogenannte „heilige Vater“, dessen Vorgänger 12 Jahre früher, da der „Kulturkampf“ tobte, von Bismarck als der „Führer einer dem Deutschen Reiche feindseligen revolutionären Partei“ angegriffen wurde, spielte jetzt auf Bismarcks Veranlassung nur Schmach der deutschen Nation eine Art Schiedsrichter in einer inneren deutschen Angelegenheit! Und das Rameleudentum in Deutschland, die veröbneten Nationalliberalen und Konservativen, die am eifrigsten im Kulturkampf das große Wort geführt und bisher das Papstthum als antideutsch und kulturfeindlich in den schwarzensten Farben geschilbert hatten, sie jubelten dem Schritte Bismarcks und des Papstes zu. — Die das höchste Maß der Erbärmlichkeit hinter sich lassende politische Charakterlosigkeit dieser Parteien feierte wieder einmal ihre Orgien.

### Politische Rundschau.

Bant, den 25. Mai.

— Ein vernünftiges Urtheil über die Militärfrage und die Wahlen finden wir in einem Medlenburger Blatte „Der Medienburger“. Es heißt dort: „Unseres Erachtens dürfen Mitglieder unserer Partei unter keinen Umständen für einen Anhänger der Militärvorlage stimmen. . . . . Es wird wahrlich Zeit, daß einmal ein Ende gemacht wird mit den unausgesetzten Steigerungen der Truppenzahl und den unferlosen Geldbewilligungen für militärische Zwecke; mit letzteren umso mehr, als dieselben infolge des leider über alles Maß ausgebildeten belagerten werthen indirecten Steuersystems in unerhältnißmäßig hoher und geradezu ungerechter Weise doch in erster Linie die handarbeitenden Klassen treffen und belasten. Dazu ist unsere Truppenzahl seit 1870 thatsächlich verdreifacht und trotzdem will man uns Angst machen mit Russen und Franzosen. Obendrein liegen die dünnsten Erklärungen der militärischen Instanzen aus den Jahren 1887 und 1890 vor, daß es mit jenen Bewilligungen nummehr wie der Medienburger sagt „ganz und ganz gewiß“ genug sein sollte; durch welche Verschönerungen der Reichstag allein sich bewegen ließ, den damaligen Forderungen zustimmen. Neue Gründe aber für eine Erhöhung der Präsenzstärke, die jetzt trotzdem wieder beantragt wird, sind von den Regierungsvortrettern absolut nicht vorgebracht, weder im Reichstage selbst, noch in der Kommission. Und dabei ist die jetzt geforderte Erhöhung größer, als alle seit 1874, dem Jahre des ersten Septennats, bewilligten zusammengekommen!“ — Und an anderer Stelle sagt das Blatt: „Reißt aus, reißt aus, reißt alle, alle aus, dort steht ein französisches Schilderhaus!“ — wie lange wird es

auern, und wir sind glücklich wieder angelangt bei Bismarck und Melinit, bei Baracken und Hammelbeeren, bei blutrothen Tröhlichen Kriegskarten und bluttriefenden kolorirten Wälderbogen oder wie der angrämierende Spulekram jener für unser deutsches Vaterland so beschämenden Zeit sonst ausgehen und gehen haben mag. . . . . Damit nun das Ausland nicht etwa denke, diese Kriegsfurcht Finfelein seien wirklich getreue Abbilder der Stimmung des deutschen Volkes, so ist es dringend notwendig, die dem groben Unfug mit unheimlicher Entschlossenheit entgegenzutreten und ihn öffentlich vor aller Welt als das zu brandmarken, was er ist: als eine Schmach für unser Volk, wie sie entwürdigender gar nicht gedacht werden kann.“

— Wieder eine amtliche Beeinflussung. Zur besseren Würdigung verdient folgende Aeußerung des weimarschen Staatsministers v. Groß in weiteren Kreisen bekannt zu werden. Bei Gelegenheit der Einführung des zum Bezirksdirektor ernannten Oberbürgermeisters Dr. Euden in Eisenach berührte der Minister unter Anderem die Stellung des Bezirksdirektors zu den Reichstagswahlen und bemerkte dabei, die Wahlen seien von großer Bedeutung für die Sicherheit des Reiches, die Staatsbeamten hätten sich, wie bisher, neutral zu halten; sollten jedoch von auswärtigen Parteien bezaehlte Agenten ins Land kommen und die Wähler von unten her zu „terrorisiren“ suchen, dann seien ein maßvolles Eingreifen des Bezirksdirektors geboten. — Wir sind begierig, zu wissen, bemerkt treffend die „Frei. Zig.“, was sich der Minister v. Groß unter einem „maßvollen Eingreifen“ vorstellt.

— Im Schwabenlande arbeiten die Wahlmacher völlig nach altem „benämhtem“ 1887er Muster. Die Altbauern werden eingeschüchert dadurch, daß man sie, wie der demokratische „Kellner“ meldet, auf's Nothaus ladet und ihnen einschärft, daß sie im Falle einer Wahlmachung Noth und Wagen bereit halten müssen. Ob diese Einschärfung regelmäßig stattzufinden hat oder nicht, ist uns nicht bekannt. Sehr auffallend aber ist, daß sie in die Zeit der Wahl-Agitation fällt, welche über das Schicksal einer Militärvorlage entscheidet. Anno 1887 ist dies vor der Wahl bekanntlich auch geschehen. Sobald Bismarck seine 43 000 Mann hierauf von dem Angstreichtag bewilligt erhalten hatte, lag die Welt wieder im tiefsten Frieden!

— Um das Mittel der Regierung bestellt bereits das Organ der „freisinnigen“ Wabelfrümpfer, die „Liberale Korrespondenz“. Sie sieht die Regierung an, ihren Beamten-Apparat im Wahlkampfe nicht gegen die Freunde der Militärvorlage loszulassen. Das tapere Organ der Konflikts-Angrämierer schreibt: „Ist die Militärfrage die für die Wahlen ausschlaggebende, so muß der Regierung jeder Kandidat genehm sein, der in dieser Frage ihren Forderungen entgegenkommt. Der Regierungsapparat darf dann aber auch nicht in Thätigkeit gesetzt werden, um Kandidaten zu bekämpfen, die in der Militärfrage der Regierung entgegenkommen wollen, aber in anderen politischen Fragen anderer Ansicht sind, als der jeweilige Inhaber des Landrathsamtes oder der Regierungspräsident, obgleich sie nach dem Grundfatz: „Das Beste ist der Feind des Guten“, die dem Vertheidigungspolit der Reichsregierung unterliegen, die demagogische Anwesenheit des Bimetallismus und Antisenitismus bekämpfen. Geschieht das doch, so wird der Beamtenapparat in Bewegung gesetzt, um die Politik der Regierung zu lähmen.“ — Hoffentlich empfand die Regierung gegenüber diesem kläglichen Gemwinnel ein menschliches Rüben mit den brauen Ridert'chen und legt den Landraths und den Regierungspräsidenten die streckende Schonung der militärfreunden sejfessionistischen Kandidaten an's Herz.

— Vom festen Thurm. Es bröckelt an allen Ecken und Enden. Der „Weis. Zig.“ wird unterm 24. d. Mts. aus Münster telegraphirt: „Ewa 350 Vertrauensmänner der weisfälligen Zentrums-Partei waren heute hier versammelt. Es wurde ein besonderer Zulauf zur Aufstuf der Zentrums-Partei beschloffen. Ein Antrag des Aulrathe Schuly (Hamn), in Bezug auf die Militärvorlage den Abgeordneten freie Entfaltung zu gewähren, erhielt nur 60 Stimmen, unter welchem die des Freiherren v. Schorlemer-Aß. Ueber den Antrag Schorlemer's, es für notwendig zu erklären, daß von den weisfälligen Zentrumskreisen vier an Berufslandwirthe übertragen würden, wurde zur Tagesordnung übergegangen. Daran verließ Schorlemer mit zahlreichen Landwirthen den Saal.“

— Das Brantweinmonopol erscheint wieder in der öffentlichen Diskussion. Die „Germania“ schreibt: „Ein Monopol lauert allerdings ganz bestimmt im Hintergrunde: das Brantweinmonopol. In einem Gesetzent-

urfe, welcher auf eine Einführung des Rohspiritus, benn Branntweinmonopol abziet, ist schon vor einigen Monaten gearbeitet worden, als die Erhöhung der Branntweinsteuer im Reichstage bei den Konservationen und bei den Brennereibesigern wenig Anklang fand. Da aber der Name „Wopopol“ aus guten Gründen beim Volke keinen guten Klang hat, so suchte man ihn in der Ueberschrift des projektirten Gesetzentwurfs zu vermeiden. Der Titel „Gesetzentwurf, betreffend Einführung einer Branntweinsteuere“ klingt ja viel harmloser, unter dieser Flagge hofft man das laibhaftige Branntweinmonopol leichter einschmuggeln zu können.

— Aus Essäß Lotbringen. Von einer eigentlichen Wahlbewegung ist auch in den Reichslanden noch keine Rede. Die städtischen Wahlversammlungen lassen sich an den fünf Financien herunterzählen. Die Kandidatenliste weist meistens Läden und Schwanfungen auf. Völlig gesichtslos sind bis jetzt nur die Sozialdemokraten, welche in 11 Wahlkreisen ihre Kandidaten endgültig nominirt. Auch sonst entwickeln die Sozialisten die größte Mäßigkeit. Beispielsweise haben sie über Wingen das ganze Land mit Flugblättern überschwemmt. Als symptomatisch verdient die Thatsache erwähnt zu werden, daß von der einzigen Ausnahme des Dr. Höfel-Babern abgesehen, die Eigen sämmtlicher Abgeordneten, welche für die Militärvorlage stimmten, ernstlich bedroht sind.

— Daß die polnischen Abgeordneten, die für die Militärvorlage stimmten, keineswegs im Sinne ihrer Wähler gehandelt haben, beweist eine Zulchrift aus Posen an die „Pfl. Jg.“: Die bisher abgehaltenen polnischen Wähler-vertretungen beweisen, daß das zu reformer politischen Leben erwachte polnische Bürgerthum festhält an der früheren Protestpolitik und ist weit davon entfernt, für die Militärvorlage zu stimmen, selbst auf die Gefahr hin, die bisher so straffe Parteizucht zu brechen. Sogar in rein ländlichen Kreisen, in denen bisher die Massen blindlings ihren geistlichen Führern folgten, regt sich der Geist des Widerpruchs gegen die lokalen Herren der „Kospartei“.

In Strelino, wo man bis jetzt zu Allem Ja und Amen sagte, ist dieser Tage eine von 400 Polen beschickte Versammlung arg gegen Herrn von Roscielski zu Felde gezogen. Die Bromberger Polen, meist Arbeiter, an denen das durch sozialdemokratische Agitation entsachte politische Leben nicht ganz spurlos vorüber gegangen ist, haben Dr. v. Romierowski „Erniechtigung“ vorgeworfen, ihn in solcher Weise niederzuschreiben, daß die Polizei die Versammlung aufhobe, und schließlich den von der Fraktion aufgestellten Hauptkandidaten, Prospt Bronkowski, verworfen und den Rechtsanwalt v. Wacynski, einen Gegner der Militärvorlage, aufgestellt. Ähnlich, wie dort mit v. Romierowski, ist hier in Posen eine große polnische Versammlung mit dem Fabrikbesitzer Gogieliski umgekippt, der in der Fraktionsliste für den Antrag Duene eingetragen war. Als er seinen parlamentarischen Bericht erstattete, erhob sich ein solcher Lärm, daß der Polizeibeamte zur Auflösung der Versammlung schritt. Das Wahlkomitee hatte es gar nicht gewagt, Herrn Gogieliski wieder als Kandidaten aufzustellen, seine Mitglieder hatten sich nahezu einstimmig selbst gegen die Militärvorlage ausgesprochen und in einer Resolution den Wunsch ausgedrückt, daß mit Rücksicht auf die gewaltigen Lasten, welche schon die Polen für das Reich tragen und welche noch vermehrt werden durch die Lasten, welche notwendig sind, um der heranwachsenden Generation die Muttersprache zu bewahren — die Polen demüthet werden vor der Auserziehung neuer Lasten. — Aehnliche und schärfere Erklärungen sind aus verschiedenen kleineren Klagen der Provinz zu verzeichnen. Am lebhaftesten natürlich spiegelt sich der Kampf für und wider die „Kospartei“ in der polnischen Presse wieder. Der demokratische „Gonic Wistokolski“, der „Dreidowmitz“ und mit ihnen die meisten polnischen Blätter Schlesiens

haben den Kampf gegen die „Wadenstrümpfer“ angefangen, deren Wiederkauf, wie der „Dreidowmitz“ meint, ein wahrhaft nationale Niederlage ist. Nur der „Diennit Wokananski“, das Arbeitsblatt, und der hierale „Kuyter Wokananski“ billigen die Lokaltätspolitik, weil nur mit deren Hilfe Zugeständnisse von der Regierung zu erlangen seien. Ausschüt, einen polnischen Gegner der Militärvorlage in den Reichstag zu senden, haben nur einzelne Kreise der Provinz; in den meisten, wie auch wohl in den westpreussischen Wahlbezirken wird das Gros der Wähler, wenn es in Versammlungen seinem Unmuth die Luft gemacht hat, den alten Führern, der Geistlichkeit, wieder folgen.

— Zur Bauernbewegung schreibt Dr. Sigmim „Bayrischen Vaterland“: „Als die Bauernversammlungen begannen, hörte und las man, nun würden wieder muthige und freie Mannesworte gehöret, nachdem man sich von der Lethretreiere der alten Parteien lange genug angeleitet gefühlt habe. Die Rücksichtslosigkeit und Impostenz der alten Parteien ist notorisch, weshalb sie dem verdienten Schicksal verfallen. Aber wenn es das Kennzeichen der Bauernversammlungen ist, daß freie Mannesworte aus ihnen erschallen, warum erheben sich nicht muthige Mannesworte gegen die Hauptursache aller unsrer heutigen Leiden gegen den Militarismus? Warum lassen die Bauernversammlungen nicht durch das ganze Reich hin energischer ResOLUTIONEN gegen diese Zeitränkerei, die ihnen das Recht aus den Knochen zieht? Warum hat der deutsche Bauernstand nicht den Muth, wie mit einem Rucke von den Regierungen zu verlangen: „Verzucht einen europäischen Kongress zu allgemeiner Ausrüstung ein, ehe wir alle, Bürger, Bauern und Soldaten, zum Teufel gehen.“ Eine solche einmüthige Forderung der deutschen Bauernschaft hätte sofort das praktische Resultat, daß die jetzige Militärvorlage auf Kimmerniederlegen verschwinden würde. Und das wäre schon etwas.“

— Aus Stephan's Reich. Die Post- und Telegraphenverwaltung schließt gegenseitig den gleichen Monat des Vorjahres mit einer erheblichen Zunahme des Verkehrs ab. Der reine Ueberfluß hat betragen:  
April 1893 . . . . . 3 665 678 Mt.  
April 1892 . . . . . 2 365 771 Mt.  
mithin April 1893 mehr . 1 299 771 Mt.

Mag der Herr Generalpostmeister die Ueberflüsse auch für sozialpolitische Aufgaben verwenden. Den unteren Postbeamten thäte eine durchgreifende Reform ihrer Dienst-, Gehalts-, Arbeitszeit-Verhältnisse dringend noth. Erlasse im alten Stile thun es freilich nicht.

**Italien.**

Mailand, 24. Mai. Hier fand ein stark besuchter Kongress der Lokomotivführer und Feiger statt. Von 43 Depots Italiens waren 42 vertreten. Es wurde beschloffen: Organisation einer Streikliste, ein Streik innerhalb zwei Jahren, ferner Theilnahme am diesjährigen Weltkongress der Bahnbeamten in Zürich.

**Belgien.**

Brüssel, 24. Mai. (Internationaler Bergarbeiterkongress.) Nachdem der vorläufige Präsident, Schatzsekretär Burt, den Kongress eröffnet und seiner Freude darüber Ausdruck gegeben, den Kongress so zahlreich, namentlich von den hervorragendsten Führern der internationalen Bergarbeiterbewegung, besucht zu sehen, wurden das Bureau und die Referenten bestimmt. Die beiden Präsidenten werden täglich durch zwei andere ersetzt. Als erster Redner nimmt der Engländer Harnes das Wort: Als vor vier Jahren, so führt er etwa aus, sich eine Bewegung zur Einführung des allgemeinen Achtstundentages Bahn brach, hörte man von von ungläublicher Verblendung sprechen. Seitdem haben sich vieles geändert. Im Grunde eines Bergarbeiters seien die Einwände von den verschiedenen Schmie-

rigkeiten, welche sich der Einführung des Achtstundentages entgegenstellten, lächerlich. Wenn das Gesetz den Achtstundentag eingeführt habe, so werde man erst sehen, wie wenig menschenwürdig es gewesen sei, länger im Bergwerk zu arbeiten, und daß diese Reform eine der allerersten Forderungen der Humanität gewesen. (Lauter Beifall.) Schröder-Deutschland: Glücklicherweise würden die Stimmen, welche an die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit erinnerten, immer vereinzelter. Er freue sich gleich vom ersten Redner den richtigen Ton angeschlagen gehört zu haben. Alle Proletarier der Welt müßten gegenüber der Miesmacht des Kapitals entschlossen Front machen, sonst würde die Bewegung in den einzelnen Ländern unterdrückt. In Deutschland lege man der Arbeiterschaft den Fuß auf's Genick. Aber diese Unterdrückung stärke nur das Freiheitsbedürfnis und der allzufröhlich gespannte Bogen werde einmal sicher springen. Nachdem Schröder den neuesten großen Aopferling scharf kritisiert hatte, fordert er die Arbeiter aller Länder auf, den Kampf für ihre Rechte gemeinsam zu führen. Der Belgier Viebhoef tritt für den gesetzlichen Achtstundentag ein, der Engländer Spaskin spricht gegen denselben und vertritt die individuelle Freiheit. Damit hatte die Vormittags Sitzung ihr Ende erreicht. In der Nachmittagsitzung wurde eine scharfe Debatte über eine Resolution der belgischen Regierung geführt. Letztere hatte nämlich den französischen Delegirten Baelly und Zambelin Ausweisungsbefehle ausstellen lassen. Der Kongress bestimmte den Oelrichen Denis und einen belgischen Delegirten, welche beim Justizminister vorstellig werden sollen, damit dieser den Ausweisungsbefehl wieder rückgängig mache. Die Debatte wurde bis zur Rückkehr der Deputirten vertagt.

Brüssel, 24. Mai. Baelly und Zambelin wurden trotz aller Bemühungen gestern Abend ausgewiesen. Die französische Gesandtschaft sowohl wie der englische Untersekretär Burt legten sich für die Ausgewiesenen ein. Jedoch, aber Alles umsonst. Die Ausgewiesenen wurden durch zahlreiche Arbeiter zum Bahnhof geleitet. Eine Interpellation an die belgische Regierung ist angehängt.  
Brüssel, 25. Mai. Nachdem der Kongress eine scharfe Protestresolution gegen die Ausweisung der beiden französischen Delegirten angenommen, erlieferte er gestern Mittag nach längerer Debatte die Frage wegen des Achtstundentages. Für die gesetzliche Feststellung desselben in den verschiedenen Ländern stimmte eine überwältigende Mehrheit der Delegirten, nämlich Vertreter von zusammen 990 000 Arbeitern, gegen eine gesetzgebende legislative Regelung der Frage Vertreter von nur 100 000 Arbeitern. Die Opposition war hauptsächlich durch die Delegirten aus Nord-England vertreten. Für die Erklärung eines allgemeinen Streiks zu Anfang des Winters, falls die Regierung nicht auf gesetzgeberischem Wege den achttündigen Arbeitstag einführen wollen, stimmten die Vertreter von 974 000 Arbeitern, während die Delegirten von 120 000 Arbeitern, meist aus Nord-England und Wales, sich dagegen aussprachen. Die französischen, belgischen, deutschen und österreicherischen Delegirten stimmten mit der Majorität. Der Antrag, nach welchem sich der Kongress ausschließlich mit internationalen Fragen beschäftigen soll, wurde durch Erheben von den Eigen angenommen.

**England.**

Dull, 24. Mai. Daß der Dedarbeiter-Ausstand beendet ist, haben wir bereits gemeldet. Derselbe ist zwar zum größten Theil nach siebenwöchiger Dauer zu Ungunsten der Ausständigen ausgefallen. Aber andererseits dürfte auch die Frage aufzuwerfen sein: „Haben die Arbeiter in Dull nicht am Ende einen solchen Sieg auch zu ihrer Erlauf?“ Es wird Monate dauern, ehe die so empfindlich gestörten Handelsverbindungen des Hafens wieder hergestellt sind, und auch die Verschüttung der freien Arbeiter

**Die Hand der Erbin.**  
Original-Roman von O. Reinbold.

(Fortsetzung.)  
Nadrdub verboten.  
Als Josef sich entfernen wollte, um, wie sie sagte, Frau Bartsch oder Frau Brandmüller von der Anwesenheit eines Fremden zu unterrichten, hielt Hellmuth sie durch eine freundliche Bitte zurück und führte das Gespräch durch einige scheinbar gleichgültig hingeworfene Bemerkungen bald auf denjenigen Gegenstand, über welchen er eine genaue Auskunft zu haben wünschte.  
Weniger als einer Viertelstunde müßte er mehr, als ihm zu hören lieb war. Er wußte, daß es die Köchin Franz Engelhardt's sei, seine Großnichte mit dem jungen Bartsch zu verheirathen, und obwohl er nicht einsehen konnte, welche Vortheile sich der habgierige Bauer für seine eigene Person von einer solchen Verbindung versprach, war er doch hinreichend überzeugt, daß er alle Ursache habe, unter solchen Umständen für das Gelingen seiner eigenen Pläne zu fürchten.

Durch den mehrthägigen Vorprung, der ihm gelassen worden, war Engelhardt bereits gewaltig im Vertheil, und wenn eine Vereitelung seiner Absichten überhaupt noch möglich war, so durfte mit einem energischen Eingreifen jedenfalls nicht mehr gezögert werden.  
Sehr gern hätte er die Tochter des Böhelhofbauern eingehender ausgeforscht, um wenigstens aus ihrem eigenen Muthmaßlich zu dem jungen Bartsch eine Waffe schmieden zu können, aber sie entsog sich seiner Fragen jezt durch eine rasche Enttfernung, und statt ihrer erschienen nach wenigen Minuten Frau Bartsch selbst, die sich in Versicherungen erschiede, daß es ein ganz vergebliches Bemühen sein würde, hier auf die Rücksicht des Bauern zu barren.  
Hellmuth ließ sich indessen nicht verschrecken, denn es war sein fester Entschluß geworden, dem Feinde jezt unter keinen Umständen das Feld zu räumen und Aug' in Aug' mit ihm den Kampf zu führen.

Seine Hartnäckigkeit und Ausdauer schien denn auch nicht unbefruchtet bleiben zu sollen.

Noch während seiner Unterhandlungen mit Frau Bartsch rollte ein Wagen in den Hof, und als er an's Fenster eilte, fiel sein erster Blick auf die hohe, breitshulterige Gestalt des Böhelhofbauern, der sich eben von kutschertig herabgeschwungen hatte.  
Hellmuth athmete erleichtert auf, aber nur zu bald verandelte sich seine Genugthuung in eine um so herbere Enttäuschung, als er sah, daß aus dem Innern des Gefährtes statt der sehnsüchtigen Erwarteten die vierströtigen Figuren einiger biederer Landbewohner kletterten, welche offenbar zu Franz Engelhardt's besten Freunden zählten, da er ihnen wiederholt fröhlich die Hände schüttelte und sie beim Betreten des Hauses mit einer Art von plumper Höflichkeit zum Borangehen nötigte.  
Von Helene und ihrem jungen Begleiter aber war nicht das Geringste zu sehen, ein Umstand, der den jungen Rechtsanwalts natürlich sehr betreffen machen und mit dem unangenehmsten Ahnungen erfüllen mußte.  
Er wollte sich mit einer Frage an Frau Bartsch wenden, denn er glaubte natürlich, man habe ihn belogen; aber die kleine runde Frau war bereits wieder verschunden und statt ihrer erschienen nach wenigen Minuten der Böhelhofbauer mit seinen Begleitern auf der Schwelle des Zimmers. Wohl sagte er einen Augenblick, als er Hellmuths ansichtig wurde, aber statt der freieren und gebäulichen Miene, welche der Rechtsanwalts erwartet hatte, nahm sein bartes Gesicht einen beinahe freilichen Ausdruck an, und mit einer gewissen treubürgerlichen Biederkeit, welche Hellmuth fataler war als seine frühere offenkundige Feindseligkeit, ging er auf ihn zu und streckte ihm seine Hand entgegen.  
„Ah, das ist wacker, daß Sie sich auch einmal sehen lassen, Herr Advokat! Ich denke, Sie sind gerade zur rechten Zeit gekommen, denn ich müßte wenig von der Welt verstehen, wenn mir nicht heute noch eine Verlobung feierten, bei der wir ein paar lustige Gäfte gebrauchen können. Gäß

mit auch schon etliche mitgebracht! Da — meine lieben Freunde und Genoranten! Der Kronenwirth, der Wasser-müller und der Herr Domänenpächter Stumpf! Lauter brave und prächtige Leute, mit denen Sie gewiß gern Bekanntschaft machen werden!“

Hellmuth stand wie auf Kohlen. Er hatte die Hand des Bauern flüchtig mit den Fingerspitzen berührt und mußte sich nun dazu verstehen, dieselbe Probebur auch bei den drei Anderen zu wiederholen, von denen ihm jezt mit schwäbischer Biederkeit die Rechte zum Grusse darbot. Daß etwas ganz Besonderes geschehen sein mußte, um den zuversichtlichsten Ton des Böhelhofbauern zu rechtfertigen, unterlag keinem Zweifel mehr für ihn, und er brannte vor Begierde, es zu erfahren. Aber die Gegenwart der drei Bauern, welche sich sogleich an den Tisch zu dem roth herbeigeschifferten Fischchen setzten und welche ihn mit ihrem treubürgerlich jubringlichen Geschwätz gar nicht zu Worte kommen ließen, verhinerte ihn, vor der Hand das Thema zu berühren, welches ihm allein am Herzen lag.  
Der Böhelhofbauer weidete sich flüchtig an der vorsetzenden Ungezud und Unruhe seines Opfers und erst als der Domänenpächter, der sich als der Fleischigte im Trinken erwies, mit der Frage herausplatzte, wer denn eigentlich das junge Brautpaar sei, auf dessen Gesundheit man hier trinken solle, konnte er die Erklärung nicht länger verschließen.

„Ja, das ist eine verzwickte Geschichte!“ lachte Engelhardt, indem er sich bezäglich in seinen Stuhl zurücklehnte und prüffig zu Hellmuth hinüberblinzelte. „Ich habe sie nämlich unterwegs verloren!“  
„Verloren?“ fragte der Wassermüller verwundert, und auch die Anderen blickten überrascht zu dem Gastgeber auf; denn es war ihnen allen ein ungeheuerliches Ereignis, daß der Böhelhofbauer einen Scherz gemacht haben sollte.  
Der aber nickte mit dem Kopfe.  
(Fortsetzung folgt.)

während dieser Wochen bei ihren höheren Löhnen und geringeren Leistungen hat bedeutende Beschloper gefordert. Aus diesem Grunde haben auch die Arbeiter einen Vergleich herbeigeführt und die Zulassung erteilt, sie würden die bisher beschäftigten freien Arbeiter möglichst schnell aus den Docks entfernen, um für die Ausländigen nach Kräften sofortigen Verdienst zu schaffen.

**Parteinachrichten.**

— Zur gefälligen Beachtung! Ich bin von heute ab vertriebt und komme erst zum 14. Juni zurück; auch wichtigere Briefe können daher keine sofortige Beantwortung finden.

H. Hebel.

— Dem Düsseldorfster Stadtrath ist vom sozialdemokratischen Wahlkomitee folgender dringlicher Antrag überreicht worden: „Die hohe Versammlung wolle beschließen, daß die Ausnahmebestimmung vom 23. Februar 1891, wonach die der sozialdemokratischen Partei angehörig Einwohner hiesiger Stadt vom Benutzungsrecht der städtischen Tonhalle hinsichtlich der Abhaltung von Versammlungen ausgeschlossen sind, für die Zeit der Wahlbewegung außer Kraft zu setzen ist und dem unterzeichneten Komitee der Kaiserstraße der Tonhalle zu einer einmaligen Wählerversammlung überlassen wird.“

— Die badische Sozialdemokratie veröffentlicht im „Offenburger Volksfreund“ folgende bezügliche Rundgebung: „An das Gr. Bad. Ministerium des Kultus und der Justiz in Karlsruhe möchten wir uns das zeitgemäße Eruchen geflehen, durch eine gemeinverständliche Rundgebung den unteren Polizeibehörden begrifflich zu machen, daß während der derzeitigen Wahlperiode die deutschen Reichsbürger im badischen Lande ohne Unterschied ihres politischen Bekenntnisses an der Ausübung der gesetzlich gewährtesten Bürgerrechte nicht beeinträchtigt werden dürfen. Wir machen dem hohen Ministerium die Mitteilung, daß verschiedene Wahrnehmungen uns zu der Annahme berechtigen, es befinden sich hinnen und hinnen im liberalen Lande Baden etliche Beamte noch in dem unergötzlichem Irrthume, das seltsame Sozialistengesetz dürfe noch mit allen Malice im Namen des Reiches angewendet werden. Auch die Handhabung des Versammlungsrechtes widerspricht vielfach dem Gesetz und Recht. Wir badischen Sozialdemokraten möchten auch in dieser Hinsicht unseren heimatlichen Bundesstaat nicht am Spieß der Rückwärtler marschieren sehen und wenden uns deshalb auf diesem Wege an die Regierung. Zugleich sind wir beforcht, alle die Vorkommissie, welche als Kriterien zu unserer Auffassung gelten können, durch den „Volksfreund“ und die „Volksstimme“ zur Kenntnis der Regierung zu bringen. Coentuell empfehlen wir unseren sozialdemokratischen Abgeordneten in der badischen Kammer, dafür zu sorgen, daß die Verträge gegen die Rechte unserer Reichstagswähler in der nächsten Session des Landtages gebührend zur Sprache gebracht werden.“

**Gewerkschaftliches.**

— Ein kurzer Streik der aber einen günstigen Verlauf nahm, fand am Donnerstag Morgen in Braunshweig statt. Auf der Graef'schen Hofsonnenfabrik hätten etwa 150 Ehepaarschülerinnen die Arbeit ein. Während das Ehepaarschülerinnen dieser je nach der Größe des Ehepaars mit 2, bezw. 3 und 4 Pf. pro Pfd. bezahlt wurde, sollte der Preis für diese Arbeit auf 1, bezw. 2 und 3 Pf. reduziert werden, mit der Begründung, die Arbeiterinnen verdienen bei dem bisherigen Preise zu viel. Durch das einmütige Sorgen der Arbeiterinnen veranlaßt, gab der Geschäftsführer nach längeren Unterhandlungen die Erklärung ab, daß bei der Lohnreduktion Rückstand genommen werden solle. Die Arbeiterinnen nahmen in Folge dessen nach dreistündiger Arbeitsinsetzung die Arbeit wieder auf.

— In Offen a. d. Ruhr streiten, wie das Centralorgan der deutschen Brauer' berichtet, seit Freitag 22 Arbeiter der Aktienbrauerei, weil Wahregelungen vorgenommen waren und man gedroht hatte, es sollten sämtliche dem Verband angehörende Arbeiter entlassen werden.

— Der Streik der Zimmerer Oberbergs in der Warf dauert fort. Der Kampf scheint ein harter zu werden. Kameraden und Genossen allerwärts, unterstützt und durch Zuführung von Geldmitteln. Bemerkt, das ein günstiger Ausgang des Streiks von großer Wichtigkeit auf die gesamte Arbeiterkraft hiesiger Gegend sein würde. Baldet den Jungfern! Selbstbestimmungen a. i. m. sind zu richten an W. Rühlke, Oberberg (Warf). Die Streikkommission der Zimmerer Oberbergs.

— Achtung, Hilfsarbeiter! Wer erludigen die Kollegen, von allen hieber noch nicht als geregelt aufgeführten Fabrikanten den Zugang fernhalten. Auch richten wir an sämtliche Gewerkschaften die Aufforderung, uns in unserem gerechten Kampfe zu unterstützen. Alle Zuschriften und Sendungen sind an Carl Wäner, Ellabethstr. 20, Hof 1 Zimme, zu richten. Die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend.

— Die Verhandlung der Bärenmacher in Sitau i. S. hat, wie die Generalcommission mittheilt, mit einem Siege der Arbeiter geroendet. Infolge glücklicher Hebererfassung be- wältigte der Fabrikant eine Lohnverhöhung von 10-15 Prozent. Das schmele Handeln der Gesellen, die an ihrer Organisation einen guten Rückhalt hatten, kam dem Fabrikanten ganz unerwartet und trug viel zu dem günstigen Ausgang der Differenz bei.

— In Stuttgart haben sich nun auch die Industrie-ent- schlossen, eine Gewerkschaft zu errichten, die sich dem Gewerkschafts- tarif angeschlossen wird.

**Aus Stadt und Land.**

Want, 25. Mai. Die drei Wahlkreise des Großherzogthums Oldenburg sind wie folgt eingetheilt: 1. Wahlkreis: Die Stadt Oldenburg, das Amt Oldenburg, die Gemeinden Jade und Schweiburg, das Fürstenthum Lübed und das Fürstenthum Birtenfeld. 2. Wahlkreis: Die Stadt Barel, das Amt Barel mit Ausnahme der Gemeinden Jade und Schweiburg, die Stadt Jever, das Amt Jever, das Amt Eisebeth nördlich der Huute und die Kemter Wutjadingen, Drake und Westersiede. 3. Wahlkreis: Die Kemter, Delmenhorst, Wildeshausen, Westa, Cloppenburg, Friesoythe und Eisebeth südlich der Huute.

Want, 25. Mai. Am Montag den 29. Mai, Vormittags 9 Uhr anfangend, findet in Jansens (früher

Duck's) Gasthause in Jever eine Amterathssitzung statt. Die aus 10 Punkten bestehende Tagesordnung beschäftigt sich hauptsächlich mit Ehepaars- und Ehepaarsangelegenheiten. Want, 25. Mai. Seinen Freunden, Bekannten und Arbeitstollgen machen wir an dieser Stelle bekannt, daß die Bearbeitung des von ruckhofer Hand gefallenen Werk- arbeiter's Ernst Kabel morgen Freitag, den 26. Mai, Nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Neuen Wilhelmshaven-straße 17 aus stattfindet.

Wilhelmshaven, 25. Mai. Seit der Einführung des Arbeitergesetzes — welches nebenbei bemerkt, die Anerkennung aller Beteiligte gefunden hat — wurde den auswärts wohnenden Arbeitern von der Torpedowerst, die diesen Zug denuten, gestattet, Abends so viel früher die Werk verlassen und Morgens so viel später kommen zu dürfen, als sie zur Zurücklegung des Weges von der Werk zur Bahn und umgekehrt gebrauchen mußten. Dieser Erlaubsniß wurde seiner Zeit von den betreffenden Arbeitern mit Freuden begrüßt. Jedoch sollte die Freude nicht von langer Dauer sein, denn vor Kurzem wurde ihnen eröffnet, daß diese Vergünstigung in Zukunft fortzulaufen würde. Daß diese Anordnung nur für die in Frage kommenden Arbeiter bzw. deren Verhältnisse eine tief einschneidende ist, liegt klar auf der Hand. Denn dadurch ist ihnen die billige Fahrgelegenheit und somit die Gelegenheit genommen, außer der Arbeitszeit bei ihren Familien sein zu können. Nicht nur allein dieser eine Nachtheil ist es, den die Arbeiter zu leiden haben, sondern dadurch, daß sie Abends nicht zu Hause fahren können, sind sie größtentheils gezwungen, die Woche über hier in Kost und Logis zu gehen, woraus eine Kostenabgabe erwächst, die auf die Dauer zu tragen, die Mehrzahl schwerlich im Stande sein wird. Es muß noch in Erwägung gezogen werden, daß Viele erst nach der Einführung des Arbeitergesetzes und besonders nach der bereits erwähnten Zeitergünstigung nach Auswärts gezogen sind. Wir nehmen nicht an, daß durch die zuletzt getroffene Anordnung, den Arbeitern einmal bewiesenen Wohlthaten wieder entzogen werden soll, jedenfalls hat man an maßgebender Stelle gelautet, daß auch ohne Zeitergünstigung der Weg von der Torpedowerst nach der Bahn, d. h. bis zur Abfahrt des Zuges und umgekehrt, zurückgelegt werden kann. Dies ist aber mit dem besten Willen nicht möglich und so wäre doch bringen zu wünschen, daß die Anordnung im Interesse der Leute baldig wieder rückgängig gemacht würde. Den Dank aller Beteiligten würde der Direktion der Torpedowerst gewiß sein.

Wilhelmshaven, 25. Mai. (Von der Marine.) Fahrzeug „Voreley“, Kommand. Kapitänlt. Grolp ist am 23. d. M. in Beirut angekommen und gedent am 27. d. M. nach Smyrna in See zu gehen. — Schiffsjungenschuldschiff „Gneisenau“, Kommand. Korvettenkapit. Stubenrauch, ist am 22. d. Mts. in Newport angekommen und wird wahrscheinlich am 21. n. Mts. die Heimreise antreten.

Wilhelmshaven, 25. Mai. Pfingstnachtlänge. Eine Nothzeit sondergleichen verübten am 1. Pfingstfesttage nach Schluß des Konzerts im Park einige mit der „Leipziger“ zurückgekehrte Marineoldaten. Sie fingen ohne nennenswerthen Grund zu haben mit einem ruhig dort sitzenden Zivilisten einen Streit an, im Verlauf desselben und als sich der Zivilist die Belästigungen verbat, nahm einer der Kaufholde — anders kann man sie nicht nennen — einen schweren eisernen Gartenstuhl und ließ ihn mit solcher Wucht auf das Haupt des Ersteren herabfallen, daß dieser auf der Stelle benommen zusammenbrach. Nicht genug mit dieser Brutalität, sollen sie ihn darnach auch noch — wie Augenzeugen melden — in anderer Weise mißhandelt haben. Es muß hier noch besonders hervorgehoben werden, daß von den zahlreich anwesenden Vorgesetzten keiner Miene machte, diese rohen Patrone zur Räson zu bringen. Erst auf energische Aufforderung von Zivilpersonen fand sich ein Unteroffizier veranlaßt, die Namen der Kaufholde zu notiren. Hoffentlich wird diesen in exemplarischer Weise plaufibel gemacht, wie man sich auf heimatlichen Boden zu bewegen hat.

Wilhelmshaven, 25. Mai. Gestern Abend zwischen 11 und 12 Uhr bemerkten Passanten in dem Keller des Uhrmacher H. von Dausen in der Marktstraße Feuer. Nach näherem Hinzutreten bemerkten sie durch das offen stehende Kellerfenster, daß aufgeschichtete mit Stroh gefüllte Kisten in Brand gerathen waren. Das Feuer wurde, bevor es weiteres Uebel anrichtete, von den Passanten bald gelöscht. Man vermutet Brandstiftung, jedoch fehlen darüber bis zur Stunde genauere Anhaltspunkte.

Oldenburg, 24. Mai. Vor vollem Laufe sprach gestern Abend in Ratjen's Saale unser Reichstagskandidat Genosse Hug über die bevorstehende Reichstagswahl und die Sozialdemokratie. Selbstverständlich sieht im Vordergrund unseres gegenwärtigen Kampfes die Militärvorlage und lautet die Parole: für oder gegen dieselbe! Doch nicht allein gegen diese richtet sich unser Kampf, sondern vor Allem kämpfen wir für die soziale Verbesserung der Volksmassen. Daher beschränkte sich Gen. Hug auch nicht darauf, der lautlosen Versammlung den vollenwärtigen Militarismus zu detailliren, sondern hielt auch einen äußerst interessanten Vortrag über die brennendsten sozialen Tagesfragen. An der Hand des Parteiprogramms führte er der Versammlung unsere Ziele und die zu denselben fahrenden Wege vor Augen, welche Ausführungen mit sichtlichster Befriedigung aufgenommen wurden. Reicher Beifall lohnte den Redner und stüttete Genosse Biermann ihm den Dank der Versammlung ab. Auch die Gegner waren ziemlich vertreten, aber trotz mehrmaliger Aufforderung schien Niemand geneigt zu sein, die Rede zu verbrennen. Im Gegentheil zu der freimüthigen Versammlung am Sonnabend nahm unsere Versammlung einen musterhaften Verlauf. Die Stimmung unter den Genossen ist eine gehobene und ist für guten Wählerfolg berechtigte

Hoffnung vorhanden. — Ausnahmeweise bringen auch die „Nachr. f. St. u. L.“ einen objektiven Bericht, was wir hiermit anerkennen.

Oldenburg, 24. Mai. Am Sonntag findet in der Sommerreiden Waldsee bei Grafmüth Rabe eine Wählerversammlung statt, in welcher Gen. Hug seine Kandidatenrede halten wird, worauf wir die Leser aufmerksam machen.

Oldenburg, 24. Mai. Endlich hat der bisherige Abgeordnete des 3. oldenburgischen Wahlkreises, Graf Galen (Hr.), sich gemüthigt gelassen, Bericht über seine Thätigkeit im Reichstage zu erstatten und zwar ist dies in einer vorgestern in Kloppenburg abgehaltenen Versammlung geschehen. Eingeleitet begründete er sein gegen den Antrag Suene abgegebenes Rotum und erklärte, auf diesem Standpunkt auch jetzt noch zu stehen und beharren zu wollen. Zum Schluß der Versammlung wurde Graf Galen als Kandidat proklamirt. — Tropfen aus jenen Kreisen wiederholt eine gewisse Opposition gegen den Grafen Galen laut geworden wegen seines aristokratischen Wesens und wegen der Nachlässigkeit, mit der er seinen Wahlkreis behandelt hat. So wagte doch der „Bel. Zit.“ zufolge Keiner gegen ihn aufzutreten. Bezeichnend genug für die politische Verjüngung der ultramontanen Wähler, als daß wir noch irgend welche Bemerkung dazu zu machen brauchen. Die nie raufende Sozialdemokratie wird auch hier dafür sorgen, daß bald ein gesunderes und freieres politisches und wirtschaftliches Leben sich bemerkbar macht. — Den Nationalliberalen Birtenfelds hat der von ihnen in Aussicht genommene Kandidat Cennecerus einen ablehnenden Bescheid zumommen lassen. Wie werden da unsere freimüthigen Militärkreunde juchzen.

Smden, 23. Mai. In der gestern hier stattgesehenen öffentlichen Volksversammlung wurde nach einem Vortrage des Genossen Bightsche über „Die Reichstagswahlen und die Sozialdemokratie“ Genosse Paul Hug aus Bant einstimmig als Reichstagskandidat proklamirt. Vertreten waren die Arbeiter und Herr Genossen durch je drei Delegirte, die Namens ihrer Auftraggeber sich hiermit einverstanden erklärten. In das Wahlkomitee wurden gemäß für Smiden die Genossen: Seedorf, Aug. Zoelig und Bightsche. Als korrespondirende Vertrauenspersonen: Genosse Weppinga für Norden und Genosse Meyer für Derr. In seinem Schlusswort sagte der Referent, daß wenn die anderen Parteien sich um die Stimmen der Wähler bemühen würden, diese ihnen das Wort entgegenzusetzen solten: „Du hast einen viel zu geschwätigen Rücken mein Freund, um die Benschheit zu beugeln. Die Zeit braucht Männer, die sich erheben, nicht solche, die sich mit Anstand bekümmern.“ Mit einem drauhen dreimaligen Hoch auf die Sozialdemokratie und Wägen der Arbeitermarzialisten wurde die trotz des schönen Wetters gut besuchte Versammlung geschlossen.

**Vermischtes.**

— In Magdeburg wurde das bekannte Wäghen- mörderspaar, der Agent Erbe und die ledige Wutrod, am Mittwoch Morgen hingerichtet.

— Aus dem Saargebiet wird gemeldet, daß die Pulverfabrik in St. Ingbert am Dienstag Abend in die Luft geflogen ist. Sieben Personen wurden getödtet, darunter fünf Familienväter; drei Personen verwundet. Die Ursache der Explosion ist noch nicht festgestellt worden.

— Aus Bayreuth wird der „Fränk. Tagespost“ geschrieben: „Die Sozialdemokraten rauben dem Volke die Religion!“ so salbadern die Herren von der schwarzen Gendarmerie; daß sie aber durch ihre Handlungswelche selbst sehr viel dazu beitragen, daß ihre Gemeindeangehörigen nichts mehr vom Geistlichen und seinem Tempel wissen wollen, daran denken diese zelotischen Gottesdiener nicht. — Baldet da in der Pfarrgemeinde Wonnees bei Dollfeld ein Selenhirt seit anderthalb Jahren seines Amtes, ohne jedoch so recht die Jueigung seiner „Herde“ gewinnen zu können, was wohl hauptsächlich an seinen eigenthümlichen norddeutschen Manieren liegt, welche hier in Süddeutschland, wo der Bauer an einen intimeren Verkehr mit seinem „Herrn Pfarrrer“ gewöhnt ist, nicht angebracht sind. — Doch auch manches Andere trägt gerade nicht zu seiner Beliebtheit bei. — Wolle sich da vor Kurzem ein Brautpaar von Selbstreuth in Wonnees kirchlich trauen lassen, doch der oben erwähnte Herr Pfarrrer verweigerte, wie schon mehreremals, das übliche Hochzeitsglockengeläute, weil das Brautpaar das göttliche Gebot: „Seid fruchtbar und mehret Euch“ schon vor der Hochzeit befolgt hatte. Schon so manchem liebenden Paare wurde durch solche Pfaffenhirte der höchste Festtag des Lebens verbittert und wie räudige Schafe mußten sie, oftmals von katzenmächtigen Vätern höhnisch und schadenfroß betrachtet, ohne Glockenklang durch die Dorfstraßen zur Kirche ziehen. — Doch in dem hier speziell in Betracht kommenden Falle hatte der Pfaffe sich doch einmal in seiner unterthänigen Gläubigenklar geirrt, denn das Paar war konsequenter genug, um nun vollständig auf den Pfaffenlegen zu verzichten und ließen sie es bei der handesamtlischen Trauung bewenden. (Lebensfalls das Vernünftige, was sie thun konnten. D. Red.)

**Cultung.**

Für den Wahlfonds gingen ferner ein: Von den roten Reglern Bartenfeld 1 M., von D. G. 5 M., von S. D. 3 M., von G. G. 5 M., von H. 10. 3 M., von F. G. 5 M., für einen veräußerten Bogenhof im Bartenfeld 5,42 M., für einen roten Holzort 1,80 M., auf Sift 20 durch G. 21,35 M., von D. M. 1 M., auf Sift 38 durch D. G. 7,16 M.

Der Vertrauensmann.

**Cultung.**

Für den Wahlfonds erhalten vom Gesang-Bereich „Vorwärts“ 40 M. J. Biermann, Oldenburg.

**Schwaffer.**

Freitag, den 26. Mai. Vorm. 9,59, Nachm. 10,19.

# Wählerversammlung

Sonnabend den 27. Mai, Abends 8 Uhr  
im Saale des Herrn Käse in Osternburg.

## Tages-Ordnung:

1. Die bevorstehende Reichstagswahl und die Sozialdemokratie. Referent Herr Paul Hug aus Bant. 2. Diskussion.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Der Einberufer.

### Bekanntmachung.

Die Militärfähigen aus der Gemeinde Bant, welche in diesem Jahre in Jever zur Stellung waren, werden aufgefordert, ihre **Leistungsscheine** aus dem Bureau des Unterzeichneten während der Geschäftsstunden innerhalb der nächsten 14 Tage abzuholen.

Bant, den 24. Mai 1893.

Der Gemeindevorsteher.  
Reeng.

### Gesucht

auf sofort ein Mädchen im Alter von 15—16 Jahren.

F. Stührbahn, Werstr. 25.

### Rosa-Barchend

70 Ctm. breit, pr. Meter 40 Pf.

B. H. Bührmann,  
Wilhelmshaven.

### Achtung!

Die Mitglieder des **Sängervereins „Frohsinn“** werden gebeten, am Freitag Abend in der „Arche“ zu erscheinen. **Empfangnahme der Bilder.**

Die Gesangstunde fällt aus.  
Der Vorstand.

### Verband deutscher Zimmerleute.

Localverband Wilhelmshaven.

Freitag den 26. Mai cr.  
Abends 8 Uhr

### Versammlung

im Lokale des Herrn Seilemann  
„Zur Arche“ in Bant.

Tages-Ordnung:

1. Sehung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Berichtlesen.

Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Versammlung umhinde halber in **Bant** stattfindet und werden deshalb ersucht, **alle** vollständig zu erscheinen.

Der Vorstand.

### Panorama international.

16 Oldenburgerstr. Oldenburgerstr. 16.  
Diese Woche:

### Badeplätze Ems und Wiesbaden.

Entree 20 Pf., Kinder 10 Pf.

Öffnet von Morgens 10 bis Abends 10 Uhr.  
Wegen Verlegung des Panoramas nach Nordenney wird ersucht, sämtliche Karten bis zum 15. Juni auszubringen. Der **Raffenspreis** ist von jetzt ab ermäßigt.

### Schortens.

Große öffentliche

## Volks-Versammlung

Freitag den 26. Mai

Abends 8 1/2 Uhr

im Saale des Herrn Aug. Zingel  
(Gastwirthschaft zum „Weißen Roß“).

### Tages-Ordnung:

1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen und die Sozialdemokratie. Referent Herr Paul Hug aus Bant.
2. Diskussion.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Einberufer.

## Mein Festzelt

zur Fahnenweihe verbunden mit großem Volksfest des Kriegervereins Heppens (westl. Theil) am 28. und 29. Mai halte zur reichigen Benutzung bestens empfohlen.

### C. Sadewasser.

## Möbel-Magazin Fr. Diez.



**Holz-Bettstellen**  
nicht vom Konditor gebadene, sondern aus Lichte von Tischlern gearbeitete Bettstellen, sowie fertige Betten, ein- und zweischläflich, liefern in allen Preislagen je nach Wahl der Stoffe, Federn und Daunen. — **Sophas, Matrassen** werden nur in guter **dauerhafter Arbeit** aus bestem Material in eigener Werkstätte angefertigt und übernehme ich die weitgehendsten Garantien für sämtliche von mir gelieferten Sachen.

Fr. Diez, Sattler und Tapezier,  
Roonstrasse 15.

### Ein hohes Zweirad

ist billig zu verkaufen.  
Bismarckstraße 22, 1 Tr.

### Zu verkaufen

mehrere Zug- und Karthunde.  
Friedrich Meiners, Roperthörn,  
Hauptstraße 4.

### Leichte

## Sommer-Jackets

für Herren

pro Stück 1 Mk. 25 Pf.

B. H. Bührmann,  
Wilhelmshaven.

### Logis für 1 jungen Mann.

D. Roulin, Marktstr. 14, Hinterhaus.

### Zu vermieten

eine freundlich möblierte Stube nebst Schlafkammer zum 1. Juni an ein oder zwei anständige junge Leute.

Banterstraße 2, oben.

### Oldenburg.

Ein Mitbewohner für Stube und Schlafkammer gesucht.

Zu erfragen bei  
J. Piemann, Haarenstr. 10.

### Todes-Anzeige.

Durch ruchlose Hand gefallen, starb in der Nacht vom Montag zum Dienstag mein unvergesslich lieber Mann und meiner drei noch unmündigen Kinder treusorgender Vater, der Werkarbeiter

### Ernst Nabel

im kaum vollendeten 27. Lebensjahre, was ich Verwandten, seinen Freunden und Bekannten hiermit tiefbetrübt den Herzens zur Anzeige bringe.

Bant, den 25. Mai 1893.

Almuth Nabel, geb. Neumann,  
nebst Kindern.

Die Beerdigung findet Freitag den 26. Mai, Nachmittags 2 1/2 Uhr, von Neue Wilhelmshavenstr. 17 aus statt.

### Nachruf!

Am 2. Pfingstfeiertage, Abends, starb als unschuldiges Opfer einer schrecklichen Bluthat unser lieber Kollege und Genosse

### Ernst Nabel

im Alter von 27 Jahren.  
Wir betrauern in ihm einen braven und treuen Kollegen und Arbeitsgenossen, der sich viele Freunde und die Achtung seiner Mitarbeiter durch sein biederer und solidarisches Wesen sehr schnell zu erwerben und dauernd zu erhalten verstanden hat.

Wäge die Erde ihm leicht sein!  
Wilhelmshaven-Bant, 24. Mai 1893.

Mehrere Freunde  
und Kollegen.

### Dankagung.

Für die herzliche Theilnahme bei dem Ableben meiner lieben Frau und unserer guten Mutter sowie für das zahlreiche Gesolge bei der Beerdigung, wie auch für die reichen Kranzspenden sagen untern tiefgefühltesten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen:  
W. Apel, Schuhmacher,  
H. Kerck u. Frau.